

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erchein: wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis (1. November 200 M., mal Schlüsselzahl des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. — Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin S.O. 16, Am Röllischen Park 2.

Inserate: Die 8gespaltene Nonparellzeile oder deren Raum 30 Pf., Arbeitervermittlungen 20 Pf., Verbandsanzeigen 10 Pf. pro Zeile mal Schlüsselzahl des Vereins für den deutschen Buchhandel.

## Die Zeit der schwersten Not.

Die Mark haucht ihr Leben unter konvulsischen Zuckungen aus, die für die hungernde werktätige Bevölkerung Deutschlands als schmerzhafteste Peitschenhiebe wirken. Es hat sehr lange gedauert, bis man sich zu dem Entschluß durchgerungen hat, wertbeständige Zahlungsmittel zu schaffen. Bis dieser Beschluß in die Tat umgesetzt ist, vergeht wieder viel kostbare Zeit, weil allerlei technische und bürokratische Hindernisse zu überwinden sind. Ob die Rentenmark, wie in Aussicht gestellt ist, bereits am 5. November im Verkehr erscheinen wird, ist noch ungewiß. Inzwischen wird ihre Funktion von der Goldanleihe ausgefüllt, deren kleinere Stücke bis zu 5 Dollar ohne Zinsbogen in den Verkehr gegeben sind und als wertbeständiges Geld zirkulieren sollen. Die Ausgabe dieses Geldes erfolgt aber nur sehr langsam. Trotzdem auch Stücke zu Bruchteilen des Dollars ausgegeben werden und zahlreiche Gemeinden, industrielle Unternehmungen usw. ermächtigt wurden, gegen Hinterlegung des Gesamtbetrages wertbeständiges Notgeld auszugeben, ist der Bedarf der Wirtschaft bei weitem nicht gedeckt.

Diese Tatsache führt zu furchterlichen Konsequenzen. Zahlungsfähige Kreise hamstern die wertbeständigen Geldscheine. An der Börse steigt ihr Kurs ins Unerwartete, er geht noch über den Dollarkurs. Für die Besitzer der wertbeständigen Scheine mag das angenehm sein, für die große Masse, die sich mit Papiermark behelfen muß, bedeutet es das Anziehen des Stricks, der ihr um den Hals geschlungen ist. Alle Warenpreise richten sich nach dem Dollarkurs und springen mit diesem. Wenn, wie das jetzt der Fall ist, der Kurs von einem Tage zum andern auf das Doppelte und mehr steigt, wenn der Dollarkurs um 65 Milliarden am 29. Oktober auf 420 Milliarden am 3. November springt, dann ist auch die geringe Kaufkraft des Arbeitslohnes vernichtet. Der Lohn mag nicht mehr zum trocknen Brot! Bei den Lohnverhandlungen, die am Mittwoch und Donnerstag unter Berücksichtigung des Preisniveaus geführt wurden, sind keine Vereinbar worden, die schon am Freitag völlig unzulänglich waren. Die Arbeiterkraft kann nicht mehr den nackten Hunger stillen. Eine furchterliche Situation, die von Tag zu Tag schlimmer wird!

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften haben sich rechtzeitig an die Vertretung der Arbeitgeberverbände gewandt und mit ihnen über die Berechnung der Löhne in Goldmark und wertbeständige Zahlung verhandelt. Diese Verhandlungen wurden im Reichsarbeitsministerium fortgesetzt, sie blieben aber auch hier erfolglos. Die Unternehmer weigern sich, die bestehenden Verpflichtungen einzugehen, sie wollen die Löhne und die Lohnzahlungen nur ganz allmählich auf Goldrechnung umstellen und den den Arbeitern gegenüber gebenen Lohnbetrug möglichst lange fortsetzen. Bezeichnenderweise finden sie dabei volles Verständnis beim Reichsarbeitsministerium. Als im Frühjahr die Markstabilisierungsaktion unternommen wurde, da hat sich das Reichsarbeitsministerium energisch gegen die Lohnherabsetzung ins Zeug gelegt. Diese Parteinahme für die Unternehmer finden wir auch jetzt, wo es gilt, die Hungerlöhne der Arbeiter gegen die völlige Entwertung zu schützen. Das Vertrauen der Arbeiterkraft zum Reichsarbeitsministerium hat damit einen neuen harten Stoß erlitten.

In manchen Gebieten sind inzwischen Abkommen geschlossen worden, so am 29. Oktober zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden des Wirtschaftsgebiets Frankfurt a. M., wonach, von der laufenden Woche beginnend, zunächst 25 Prozent des zur Auszahlung kommenden Lohnes in wertbeständigen Zahlungsmitteln geleistet wird. Bei solchen Abkommen, vereinbart werden auch schon Lohnbetrug in Goldwährung gemeldet, wobei der so rasch wechselnde Kurs noch Schwierigkeiten machen, aber es ist immerhin ein Anfang.

Der Zeitpunkt des Überganges zur Rentenmark ist für die Bevölkerung nicht unmittelbar bevor. Es ist zu hoffen, daß sie die Papiermark schnell verdrängen wird. Geschichte zeigt, daß man ein wenig aufpassen, und man dürfte hoffen, daß der Alpdruck, der auf unserer Wirtschaft lastet, ein wenig gemildert wird. Aber diese Zeit des Überganges ist das Schlimmste, was das deutsche Volk in den neun Jahren seit dem Ausbruch des Krieges erlebt hat. Arbeitslosigkeit in nie dagewesenem Umfang, die Arbeitenden Löhne, die nicht den nackten Lebenserhalt verbürgen. Die Anschaffung von Kartoffeln und Kohlen für den Winter ist bei den unerschwinglichen Preisen unmöglich. Mit Schreden sehen wir dem bevorstehenden Ansturm des Winters entgegen. Und dazu die verworrene politische Lage, die Reichsregulation gegen Sachen, die Spekulation der Reichsregierung vor der Rebellion in Bayern, die zum Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung und damit zur Sprengung der großen Koalition führte. Die Auswirkungen dieser politischen Vorgänge werden von welttragender Bedeutung sein. Schwere Tage stehen uns noch bevor. Das Wohl der schwersten ist die dem deutschen Volk aufzulegenden Lasten, wir müssen, auch diese Krise überwinden.

Mancher wird in dieser Zeit misshütig und beginnt an seiner Organisation zu zweifeln, die dieses Elend nicht verhindern hat. Eine solche Betrachtungsweise ist ungerecht. Der Verband ist die Zusammenfassung der Kollegenschaft, und in der gleichen Weise wie der größte Teil seiner Mitglieder leidet auch der Verband. Unser Verband muß jetzt von seinen Funktionären fordern, daß sie unter den härtesten Entbehrungen ihre Pflichten erfüllen. Schwer ist insbesondere die Aufgabe unserer Gauvorsteher, die Woche für Woche mit den Unternehmern um die Löhne feilschen. Das ist eine harte Aufgabe in einer Zeit, in der die riesengroße Arbeitslosigkeit dem Gegner alle Trümper in die Hand spielt. Und sie erfordert ein außerordentliches Maß von Idealismus angesichts der fargen Bezüge, die der Verband seinen Angestellten in dieser Zeit gewähren kann.

Gemeinsam getragene Not führt die Menschen näher zusammen. Diese Solidarität muß sich auch dem Verband gegenüber bewähren. Noch ist es nicht aller Tage Abend; auf diese schlimme Zeit wird eine bessere folgen, in der die Kollegen mit Recht eine größere Aktivität des Verbandes in der unmittelbaren Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erwarten werden. Vielleicht ist diese Zeit näher, als wir ahnen. Der Verband wird diese Erwartungen in um so vollkommenerer Weise erfüllen können, je enger sich die Kollegen in der Zeit der Not um ihn scharen und sich bemühen, seine Leistungsfähigkeit zu erhalten. Die Treue zur Organisation ist ein Wort, das wir nicht nur im Munde führen wollen, sondern das in der Zeit der Not in um so hellerem Licht erstrahlen muß. Erfülle jeder nach Kräften seine Verbandspflichten. Gedenten wir der Leistungen des Verbandes in der Vergangenheit und seiner Aufgaben in der Zukunft! Wir alle, seine Mitglieder, bilden den Verband, es ist eine Pflicht der Selbsterhaltung, wenn wir unserer Organisation die Treue bewahren. Wir ruhen jetzt und immerdar: Hoch der Verband!

## Produktive Erwerbslosenfürsorge.

Die Unterstützung der Erwerbslosen erfordert Summen, die immer gewaltiger anschwellen, aber letzten Endes nutzlos veran sind. Im einzelnen sind die Unterstützungssätze so niedrig bemessen, daß sie den Unterstützten nur notdürftig vor dem Verhungern schützen. Den Erwerbslosen ist es auch in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht um die Unterstützung zu tun; sie wollen Arbeit, um durch den Ertrag ihrer Arbeit sich und ihre Familie zu ernähren. Man stellt an die öffentlichen Körperschaften, an Reich, Staat und Gemeinde das Verlangen, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Das Bedürfnis für die Herstellung von Arbeitserzeugnissen ist vorhanden, ist auf vielen Gebieten sogar äußerst dringend, aber es fehlt an Geld, um die notwendigen Arbeiten zu finanzieren. Bei der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge kommt man mit geringeren Mitteln aus. Und so kommt man bei aller Sympathie, die man theoretisch der produktiven Erwerbslosenfürsorge entgegenbringt, resigniert zu dem Entschluß, es in der Hauptsache bei der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge bewenden zu lassen.

In der sozialistischen Wirtschaft, in der die Produktion planmäßig nach dem Bedarf geregelt wird, könnte eine Massenarbeitslosigkeit nicht eintreten. Leider leben wir noch in der kapitalistischen Wirtschaft, in der die treibende Kraft für die Produktion nicht die Deckung des Bedarfs, sondern die Auslastung auf Gewinn ist. Wenn man dem Problem näherzutreten will, muß man diese Tatsache im Auge behalten, denn nur so kann man zu einer schnellen praktischen Lösung kommen, und darum handelt es sich jetzt, wo uns das Feuer unter den Füßen brennt. Die Suche nach solchen Palliativmitteln bedeutet keineswegs die Aufgabe des Sozialismus; wir werden auch weiter für dessen Verwirklichung kämpfen, um Zustände herbeizuführen, in denen eine derartige Massenarbeitslosigkeit wie die, unter der wir heute leben, unmöglich ist.

Die heutige Arbeitslosigkeit ist eine Folge des Mangels an Aufträgen in den Betrieben. Die Kaufkraft der breiten Massen ist infolge der niedrigen Löhne so gut wie vernichtet. Die Ausfuhr ist stark zurückgegangen. Ein Grund dafür sind die hohen Preise, die vielfach die Weltmarktpreise überschreiten. Angesichts der jämmerlichen Arbeitslöhne klingt das überraschend. Eine Erklärung dafür findet man, wenn man die hohe Gewinnaquote berücksichtigt, die im Warenpreis einfließt. Die Exporteur hat infolge der Geschäftsgebräuche der Banken mit so riesigen Aufkosten zu rechnen, daß der zu ihrer Deckung auf den Warenpreis gemachte Aufschlag die Ersparnis an Arbeitslohn wieder reichlich weitmacht. Das hängt mit unserem Währungschaos zusammen. Die allgemeine Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel dürfte auch auf diesem Gebiet eine Entlastung bringen. Unser Währungschaos hat auch zu einer unzulässigen Beschränkung der Produktion geführt. Es gibt große Unternehmungen, die nur sehr unzureichend annehmen, weil sie von ihrer Ausführung

einen Verlust an Sachwerten befürchten. Sie haben so große Gewinne hinter sich, daß sie es eine Zeitlang aushalten können. Nicht zu verkennen ist auch die Tatsache, daß die Lohnsteuer produktionshemmend gewirkt hat. Diese Steuer trifft nur die Betriebe, die produzieren lassen, und läßt z. B. die Spekulationsgewinne frei. Bei der Betriebsbeschränkung läßt sich auch mancher Unternehmer von politischen Gesichtspunkten leiten. Man will die Arbeiterkraft durch die starke Arbeitslosigkeit den Unternehmern wünschen gefügig machen. Damit ist eine Reihe von Hemmungen angedeutet, deren Beseitigung zu einer Belebung des Geschäftsganges beitragen könnte.

Sehr viel hängt davon ab, daß es gelingt, die Bautätigkeit zu fördern. Das hätte sehr weitreichende Nebenwirkung. Außer dem eigentlichen Baugewerbe würde die Industrie der Baustoffe belebt. Es gäbe Arbeit für die vielen Baueingewerke. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie viele Gegenstände gebraucht werden, um aus dem Rohbau eine Anzahl freundlicher Wohnungen zu machen, dann erkennt man erst, wie weit der Kreis der Baueingewerke zu ziehen ist. Von solch einem Zentrum weitet sich der Kreis der Interessenten. Wer Arbeit und Verdienst hat, kann Bedürfnisse befriedigen, die weitere Gewerbe in Nahrung sehen. Die Belebung der Bautätigkeit wäre ein sehr wichtiger Faktor, das gesamte Wirtschaftsleben in Fluß zu bringen.

Von einer anderen Seite packt Hermann Steinrück dieses Problem in einem Aufsatz im „Berliner Tageblatt“ vom 20. Oktober. Er hat die Förderung der Ausfuhr im Auge und empfiehlt die Herstellung von Düngesalzen, von Eisen und Stahl in Stangen und Barren, von Fertigfabrikaten, wie Uhren, Kleinwerkzeug, wie Schloßer, Nägel, Zangen usw., Werkzeugmaschinen, Holzbearbeitungs- und landwirtschaftliche Maschinen, chemische und optische Produkte. Vornehmlich müsse man solche Waren fabrizieren, die in den Ländern gebraucht werden, die für uns als Rohstoff- oder Lebensmittelverorgungsland in Frage kommen. Die in Frage kommenden Waren müßten mangels vorliegender Aufträge in Vorrat hergestellt werden. Das damit verbundene Risiko ist jedoch für den einzelnen Unternehmer zu groß, deshalb schlägt Steinrück die Gründung einer Export-Aktien-Gesellschaft vor, an der Industrie, Exporthandel und das Reich beteiligt sind. Dieses stellt die erforderlichen Kredite zur Verfügung, jene ihre Beziehungen und Erfahrungen. Die Gesellschaft zahlt Vorschüsse auf die Arbeiten, die dann in ihr Eigentum übergehen, aber beim Fabrikanten lagern. Von den eingelebten Geldern werden die auf die betreffende Ware gegebenen Darlehen an das Reich zurückerstattet, so daß der vorhandene Lagerbestand stets mindestens dem Gesamtdarlehen entspricht. Die Organisation muß dehnbar sein, damit bei allgemein gutem Geschäftsgang der Betrieb eingeschränkt, bei schlechtem erweitert werden kann. Sehr zutreffend ist der Hinweis, daß es nur bei einem Teile der Betriebe der künstlichen Aufrechterhaltung bedarf, denn die im flotten Gang erhaltenen Unternehmungen werden notgedrungen die gesamte Wirtschaft mitbeschäftigen.

Das sind Wege für die Überführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge in die Praxis. Ihre Durchführung hat allerdings das Vorhandensein großer Kapitalien zur Voraussetzung. Wenn man jedoch die Riesensummen fürsorge erfordert, dann sollte man doch meinen, daß sich von ihnen der erforderliche Bedarf für eine großzügige produktive Erwerbslosenfürsorge abspalten ließe. Andererseits liegen bei der herrschenden Geschäftslosigkeit so große Privatkapitalien brach, daß es möglich sein müßte, sie für den angedeuteten Zweck in Bewegung zu setzen, vorausgesetzt, daß die Kapitalisten nicht aus politischen Gründen ein Interesse an der längeren Aufrechterhaltung der Massenarbeitslosigkeit haben.

## Das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Jahrbuch 1923 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, das in einem stattlichen Bande von 256 Seiten vorliegt, ist das erste seiner Art. Seine Herausgabe entspricht einem Beschlusse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922, der den Bundesvorstand beauftragt, alljährlich einen schriftlichen Tätigkeitsbericht herauszugeben. Wenn auch der Preis des Buches verhältnismäßig niedrig angelegt ist (Umsatzpreis 2,00 M.), so steht doch leider zu befürchten, daß die Not der Zeit auch diesen Preis für viele unerschwinglich machen wird. Das wäre zu bedauern. Denn wenn der Bericht auch sehr knapp gehalten und der Teil der Vorstandstätigkeit nicht berücksichtigt ist, aber den Bereich in dem gedruckten Bericht an den Gewerkschaftskongress in Leipzig Rechenschaft abgelegt wurde, so gewährt er doch Einblick in die weite und äußerst vielseitige Tätigkeit des Bundesvorstandes. Der Bundesvorstand hat in der Tat auf den verschiedenartigsten Gebieten mit regem Eifer als Sachwalter der Interessen der deutschen Arbeiterkraft fungiert. Es wäre im höchsten Maße ungerecht, aus der Tatsache, daß die Verwirklichung des arbeitenden Volkes immer schneller fortschreitet,

